

politik, den Anker des Austeritätsregimes, aufzuweichen. Dieses Ereignis liegt außerhalb des Untersuchungszeitraums, macht aber deutlich, wie disponibel auch vermeintlich sakrosankte Institutionen dann werden können, wenn sich politische Akteure einer Umdeutung annehmen. Bei allen Dezentralisierungen, Liberalisierungen, Privatisierungen, bei allem Verschleiern und bei allem „Layering“, im zentralisierten demokratischen Prozess Schwedens wird von der Bevölkerung die Verantwortung für soziale Missstände sehr wohl dem Reichstag zugeordnet sowie Rosenbad, der schwedischen Staatskanzlei.

Die überzeugende Studie von Philip Mehrrens setzt einen neuen Standard – und regt zum Widerspruch an. Was kann man mehr von einer Dissertationsschrift erwarten? Ob die gegenwärtige Politik in Schweden die Institutionen erfolgreich reformieren kann, das hängt sicherlich nicht nur von institutionellen Effekten oder von politischen Mehrheitsverhältnissen ab, es wird auch für diese Regierung problematisch sein, Liberalisierungen rückgängig zu machen, Marktdynamiken wieder einzugrenzen in einem Europa, das sich just der Deregulierung dieser Eingrenzungen verschrieben hat.

Sven Jochem

Ratka, Edmund. *Deutschlands Mittelmeerpolitik. Selektive Europäisierung von der Mittelmeerunion bis zum Arabischen Frühling*. Baden-Baden. Nomos 2014. 355 Seiten. 64,00 €.

Edmund Ratka hat ein Buch zur deutschen Mittelmeerpolitik vorgelegt, das an Kenntnisreichtum seinesgleichen sucht. Auf Grundlage einer akribischen

Analyse der einschlägigen Primär- und Sekundärquellen, angereichert durch zahlreiche Interviews vor allem in Deutschland und Brüssel, zeichnet er die Entwicklung der deutschen Mittelmeerpolitik von 2008 (Gründung der Mittelmeerunion) bis zum Arabischen Frühling und den sich daran anschließenden regionalen Umbrüchen (2010-2013) bis ins Detail nach. Die an der Ludwig-Maximilians-Universität in München als Dissertation angenommene Arbeit verortet sich jedoch – wie schon am Untertitel erkennbar – nicht allein in der deutschen Außenpolitikforschung, sondern auch und vor allem in der Integrationsforschung. Ratka untersucht die Europäisierung deutscher Außenpolitik am Beispiel der Mittelmeerpolitik, so dass sich seine Forschungsinteressen folgendermaßen hierarchisieren lassen: erstens als Beitrag zur Europäisierungsforschung, zweitens als Beitrag zur deutschen Außenpolitikforschung, und (lediglich) drittens als Beitrag zur Regionalforschung. Die Platzierung der Arbeit in den von seinem Doktorvater Werner Weidenfeld herausgegebenen „Münchener Beiträgen zur europäischen Einigung“ (Nomos) ist somit passend gewählt.

Ratka entwickelt ein interessantes und originelles Forschungsdesign, das die ersten beiden Forschungsinteressen fokussiert und hier aus Platzgründen nur verkürzt wiedergegeben werden soll. Ausgangspunkt seiner Untersuchung ist die Annahme, dass Europäisierungsprozesse in der deutschen Mittelmeerpolitik in Abhängigkeit von Kontextbedingungen auf nationaler, europäischer und bedingt auch regionaler Ebene selektiv seien. Um ein genaueres Bild von diesen selektiven Europäisierungsprozessen zeichnen zu können, differen-

ziert er – unter Rückgriff auf Ansätze der Außenpolitikforschung – zwischen Handlungs- und Diskursdimension, sowie – unter Rückgriff auf die Europäisierungsforschung – zwischen drei unterschiedlichen Dimensionen von Europäisierung: (i) Richtung (upload, crossload, download), (ii) Tiefe (punktuell und temporär oder nachhaltig und internalisiert?) sowie (iii) Motivation (Frage nach dem Referenzrahmen; national, europäisch oder regional?). Durch diese Kombination kommt er zu einer Matrix, die ihm eine vergleichende Analyse der deutschen Mittelmeerpolitik in drei Fallstudien ermöglicht, nämlich (a) Gründung und Ausgestaltung der Union für das Mittelmeer, (b) den arabischen Frühling in Ägypten und Tunesien sowie (c) die Libyen-Krise und die internationale Militärintervention. Obwohl die EU in allen drei Fallstudien einen wichtigen Referenzrahmen darstellte, agierte Deutschland jeweils sehr unterschiedlich, insbesondere, wenn man die erste und die dritte Fallstudie kontrastiert. Während Deutschland bei der Gründung und Ausgestaltung der Mittelmeerunion noch als dezidiert Vertreter europäischer Gesamtinteressen auftrat und damit einen regionalpolitischen Alleingang Frankreichs erfolgreich einhegen konnte, wurde die Bundesregierung im Kontext der Libyenkrise geradezu als Verräter europäischer Interessen kritisiert, die diesmal erfolgreich von Frankreich definiert worden waren. Um es im Europäisierungsjargon auszudrücken, ließen sich in den drei Fallstudien Prozesse von crossload und upload, aber eben auch von download beobachten. Zusammenfassend bilanziert *Ratka*, dass Deutschland zwar am liebsten „europäisch“ handeln möchte, zugleich aber die EU als Projektionsfläche eige-

ner Interessen nutzt. Deutschland verfolgt das integrationspolitische Interesse einer außenpolitischen Stärkung der EU, aber ebenso eigene nationale Interessen, die sowohl die eigene Gestaltungsmacht innerhalb der EU betreffen, als auch die Durchsetzung spezifisch nationaler Interessen in der Mittelmeerregion, wenn sie – ausnahmsweise – denen der EU als Ganzes widersprechen. Die letzte Entwicklung ist seit dem Arabischen Frühling verstärkt zu beobachten, so dass *Ratka* zu dem Fazit kommt, dass der Arabische Frühling aus einer europäischen Mittelmeerpolitik, in die sich Deutschland einordnete, eine deutsche Mittelmeerpolitik werden ließ (300).

Der große Mehrwert des Buches besteht in dem Faktenreichtum, mit dem Genese und Strukturen der deutschen und europäischen Mittelmeerpolitik dokumentiert werden sowie, darauf aufbauen, die Analyse der deutschen Mittelmeerpolitik in den drei genannten Fallstudien, eingebettet in den Kontext europäischer Entscheidungsfindung. *Ratka*, dessen Analyseansatz akteurszentriert ist, hatte offensichtlich direkten Zugang zu vielen Entscheidungsträgern auf nationaler und supranationaler Ebene, so dass er auch bisher unbekannte Hintergründe relevanter Entscheidungsprozesse sichtbar machen kann. Stellenweise liest sich die Arbeit wie eine Diplomatiegeschichte; wie ein „who is who“ der Mittelmeerpolitik. Kehrseite dieser empirischen Stärke ist jedoch, dass die Arbeit in den Teilen, in denen Entscheidungsprozesse besonders detailreich nachverfolgt werden, einen bisweilen deskriptiven Charakter erhält, trotz der Analysekapitel, die diesen Duktus immer wieder aufbrechen. Der empirischen Fülle in der deutschen (und

indirekt auch der französischen) Mittelmeerpolitik steht eine gewisse Unterbelichtung der europäischen Dimension gegenüber. Die geringere Berücksichtigung der Entscheidungsträger in den europäischen Institutionen rechtfertigt *Ratka* mit forschungspragmatischen Gründen, die im Rahmen einer integrationspolitischen Arbeit jedoch nur bedingt überzeugen. Gerade weil die Mittelmeerpolitik stark von der EU, insbesondere der Kommission geprägt war, hat Sarkozy mit seiner Mittelmeerunion 2008 einen Versuch der (Re-)Nationalisierung unternommen und ist damit gescheitert. Die Mittelmeerpolitik als inhärenter Teil der Nachbarschaftspolitik ist eine Domäne der supranationalen Ebene, der in einer Arbeit zur Europäisierungsforschung eine etwas größere Gewichtung gut getan hätte. So würde ich die Arbeit zwar auch an der Schnittstelle zwischen Außenpolitik- und Integrationsforschung verorten, jedoch scheint mir die Außenpolitikforschung die dominantere Dimension zu sein.

Einer integrationswissenschaftlichen Arbeit Eurozentrismus vorwerfen zu wollen, wäre unfair, denn ein Fokus auf die EU und ihre Mitgliedstaaten ist per definitionem Kern der Disziplin. Gleichwohl irritiert es aus regionalpolitischer Perspektive, dass die Akteure der südlichen Mittelmeerregion nur als Objekt – oder Kontext – auftauchen, nicht jedoch als interagierende Akteure mit eigenem Gestaltungswillen und eigener Gestaltungsmacht. Vermutlich hätte es den Rahmen dieser mit 355 Seiten ohnehin schon umfangreichen Arbeit gesprengt, wenn man auch diese Dimension mit in die Analyse aufgenommen hätte. Dies gilt umso mehr, als die Ergebnisse der Arbeit den Ein-

druck stärken, dass die Region tatsächlich wenig mehr als „Kontext“ einer auf Europa fokussierten nationalen Außenpolitik Deutschlands ist.

Methodisch sind einige Kleinigkeiten zu beanstanden, die dem Autor bei der Differenzierung zwischen Sekundär- und Primärquellen unterlaufen sind. Um den Diskurs zur Mittelmeerpolitik auf Ebenen der Politik, der Medien und der Experten (Akademia) getrennt untersuchen zu können, wertet *Ratka* einige akademische Publikationen als Primärquellen aus, rezipiert andere jedoch als Sekundärquellen und listet sie entsprechend im Literaturverzeichnis getrennt auf. Die Zuschreibung im Literaturverzeichnis gerät jedoch an einigen (wenigen) Stellen durcheinander, was nicht verwundert, denn die Entscheidung, wann ein Text Primär- und wann Sekundärquelle ist, erscheint mitunter ein bisschen erratisch. Für den Erkenntnisgewinn spielen in dieser Arbeit eindeutig die zahlreichen Interviews mit gut informierten Entscheidungsträgern und die Auswertung einschlägiger Dokumente eine größere Rolle als die Rezeption der Sekundärliteratur. Dies gilt insbesondere für die zweite und dritte Fallstudie.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Edmund *Ratka* das umfassendste und kenntnisreichste Buch zur deutschen Mittelmeerpolitik geschrieben hat, das derzeit auf dem Markt erhältlich ist. An Faktenreichtum, auch und gerade die Hintergründe außenpolitischer Entscheidungsfindung betreffend, ist dieses Buch eine Fundgrube für jeden, der sich für die deutsche Außen-, Europa- und Mittelmeerpolitik interessiert. Bereichernd ist auch *Ratkas* Beitrag zur Europäisierungsforschung, die er durch die Kombination mit Ansätzen aus der Außen-

politikforschung um eine wichtige Dimension weiterentwickelt hat. Und für diejenigen, die sich dem Buch aus regionalpolitischer Perspektive nähern, wird es interessant sein, zu erkennen, wie wenig die spezifischen Dynamiken in der Region Deutschlands Mittelmeerpolitik prägen, die auch nach dem Arabischen Frühling noch immer vorwiegend Europapolitik zu sein scheint.

Annette Jünemann

Alexander Emmerich, Philipp Gassert: *Amerikas Kriege*. Darmstadt. Konrad Theiss Verlag (Wissenschaftliche Buchgesellschaft) 2014. 263 S. 24,95 €.

Nach einer geläufigen Meinung tun sich Demokratien mit der Entscheidung über Krieg oder Frieden schwerer als autokratische Regime, legitimieren sie sich doch anders als diese nicht durch Gewalt, sondern durch Rechtsstaatlichkeit. Diese Beobachtung ist ein Leitgesichtspunkt der hier anzuzeigenden Überblicksdarstellung und korrespondiert mit der Tatsache, dass in den USA einer Entscheidung zum Kriege in der Regel eine leidenschaftliche innere Auseinandersetzung vorausgeht. Historisch gesehen, so die Verfasser, haben diese Debatten bewiesen, dass hier für die USA Sonderbedingungen gegolten haben: eine lang andauernde geopolitische Randlage, ein ausgesprochenes Sendungsbewusstsein und dann die im Laufe des 20. Jahrhunderts gewonnene hegemoniale Stellung einer Supermacht, welche die transatlantische Republik immer mehr in die globalen Konflikte verwickelt hat. Vor diesem Hintergrund liefert das Buch eine chronologische Übersicht über die von den USA geführten Kriege und lenkt dabei ihr besonderes Augenmerk auf die Art

der Kriegführung, das Selbstverständnis dieser „neuen Nation“ im Kriege, ihre Bündnispolitik und die inneren Kontroversen, die einem Kriegeintritt vorausgingen. Die Darstellung setzt mit den Indianerkriegen ein und leitet nach Würdigung des Unabhängigkeitskrieges in das 19. Jahrhundert über. Dieses stand dann im Zeichen einer ersten amerikanischen Expansionswelle auf Kosten Mexikos und später des spanischen Kolonialreiches (Kuba, Philippinen), die durch den Sezessionskrieg (civil war) unterbrochen wurde. In dem amerikanischen Eingreifen in den Ersten Weltkrieg sehen auch die Verfasser den Beginn des Aufstieges der Vereinigten Staaten zu einer globalen Supermacht – einem Status, den der Zweite Weltkrieg („the good war“) auf lange Zeit bestätigte. Als „Hegemon der Freiheit“, so wird weiter gezeigt, führten die USA nach 1945 den Kalten Krieg mit der UdSSR und deren Satelliten und verwickelten sich dabei in die beiden „heißen“ Kriege in Korea und in Vietnam. Daneben machten sich die blutigen Ränder des amerikanischen „Imperiums“ geltend – in Afrika und natürlich vor allem im Nahen Osten, an zweiter Stelle aber auch in der mittelamerikanischen Nachbarschaft (vor allem Kuba). Mit dem ersten Irakkrieg, den „neuen“ Balkankriegen und dem „Krieg gegen den Terror“ in Afghanistan und im Irak schließt das Buch.

Es ist offenkundig für einen weiteren Leserkreis gedacht: In gut fasslicher Sprache stellt es die Wiedergabe des faktischen Geschehens in den Vordergrund. Anmerkungen fehlen, die Bibliographie ist knapp, und historiographische Kontroversen bleiben weitgehend unberücksichtigt. Dafür bringt es auf Schritt und Tritt kurze Zwischentexte mit Kurzbiographien oder